

Für viel Aufsehen in der politischen Landschaft in Friesland sorgt ein Antrag der CDU-Kreistagsfraktion. Der Kreis soll in drei Jahresschritten alle nicht gedeckten Kosten für die Kinderbetreuung in den Krippen und Kindergärten übernehmen. In der Summe aller Städte und Gemeinden sollen das ca. 25 Millionen € sein, von denen der Kreis 2021 10 Mill., 2022 19 Mill. und dann jedes Jahr 25 Mill. als Zuschuss an die kreiseigenen Kommunen zahlen soll. Auf den ersten Blick hört sich das sehr gut an und könnte bei den Kommunen im Kreis Begeisterung auslösen. Doch dieser Antrag hat seine Tücken.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass die Städte und Gemeinden trotz dieser Belastung in den letzten Jahren keineswegs unerträglich hohe Schulden angehäuft haben. Mit Ausnahme der Gemeinde Sande haben alle Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet, die immer auch noch Spielräume für Investitionen gelassen haben. Überbordende Verschuldungen musste keine Gemeinde eingehen.

Auf der anderen Seite hat es der Landkreis in den letzten 20 Jahren geschafft, seine langfristigen Schulden abzubauen, und durch Masterpläne über die Jahre Schulen und Gebäude zu sanieren, Straßen und Radwege auszubauen sowie die Krankenhäuser zu unterstützen. Die gesamte Investitionstätigkeit des Landkreises bewegte sich in den letzten Jahren immer zwischen 15 und 20 Mill. € pro Jahr.

Was würde es nun bedeuten, wenn der Kreistag dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zustimmen würde?

Die von der CDU beantragten Zuschüsse sind Betriebskosten, d.h. sie müssten aus dem Ergebnishaushalt bezahlt werden. Beträge von 10, 19 und dann 25 Mill. € kann der Kreis niemals erwirtschaften. Eine Kreditfinanzierung des Ergebnishaushalts ist aber nicht zulässig. Also müsste entweder die Kreisumlage kräftig angehoben werden, oder für Investitionen in Schulen, Straßen, Radwege, Digitalisierung, Zuschüsse zum Bau von Sport- und Touristikanlagen, Serviceleistungen für die Bürger usw. wäre kein Geld mehr da. Eine finanzielle Garantie für die beiden Krankenhäuser könnte es auch nicht mehr geben.

Es ist das gute Recht der CDU- Kreistagsfraktion, sich für die Städte und Gemeinden einzusetzen, aber was ist mit der Verantwortung als Kreistagsabgeordnete, sich für das Wohl des Landkreises einzusetzen? Die Finanzierungsvorschläge sind bisher abenteuerlich und zusätzliche finanzielle Belastungen des Landkreises durch die Pandemie spielen bei CDU offensichtlich auch noch keine Rolle.

Die Mehrheitsgruppe hat über Jahre gezeigt, dass der Begriff der kommunalen Gemeinschaft keine Worthülse ist und wird auch bei der Aufstellung des nächsten Haushalts wieder einen gerechten Ausgleich finden.

Städte und Gemeinden haben vom Bund und vom Land immer gefordert: Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch. Umgekehrt muss aber auch gelten: Wer die Musik bezahlt, bestimmt auch, was gespielt wird.

Die SPD/Grünen/FDP-Gruppe im Kreistag hält es für naiv, zu glauben, dass der Kreis alle Kosten übernimmt und sich gleichzeitig mit der Zuschauerrolle begnügt.

Wenn alle Krippen und Kindergärten voll vom Landkreis finanziert werden, werden sie alle auch nach einheitlichen Grundsätzen und Maßstäben betrieben werden müssen – eine Frage der Gleichheit und Gerechtigkeit..

D.h. die Personalbewirtschaftung, die Ausstattung, Randbetreuungszeiten, aber auch die Qualitätsstandards und die pädagogischen Grundsätze, nach denen in den Kitas gearbeitet werden soll, werden vom Landkreis bestimmt. Die Mitsprache der Städte und Gemeinden wäre auf ein Minimum reduziert und ihnen würde eine ganz wichtige kommunale Aufgabe verloren gehen.

„Wir glauben, dass das niemand will, der Kreis nicht und die Städte und Gemeinden erst recht nicht.“ sagt die Gruppenvorsitzende Ulrike Schlieper.

„Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion liegt auf dem Tisch, die Gruppen und Fraktionen werden darüber beraten und der Kreistag wird beschließen. Ob es sich hier um einen ernst gemeinten Antrag handelt oder wieder nur um frühzeitiges Wahlkampfgetöse, werden die Haushaltsberatungen im Herbst zeigen.“ fügt Ulrike Schlieper hinzu.